

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . . XXIII  
Literaturverzeichnis . . . . . XXVII

1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts

I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts . . . . . 1  
1. Der Begriff der Strafe . . . . . 1  
a) Die öffentlich-rechtliche Natur der Strafe . . . . . 1  
b) Die repressive Natur der Strafe . . . . . 3  
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen . . . . . 4  
a) Die Abgrenzung zu den Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts . . . . . 4  
b) Die Abgrenzung zu den Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsmitteln und prozessualen Zwangsmitteln . . . . . 5  
II. Das strafrechtliche Regelungssystem . . . . . 7  
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts . . . . . 7  
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts . . . . . 9  
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts . . . . . 9  
III. Europäisches und Internationales Strafrecht . . . . . 10  
1. Europäisches Strafrecht . . . . . 10  
2. Völkerstrafrecht . . . . . 15

2. Kapitel. Der Zweck der Strafe

I. Die traditionellen Straftheorien . . . . . 18  
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel) . . . . . 18  
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach) . . . . . 20  
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt) . . . . . 22  
II. Die Theorie positiver Generalprävention . . . . . 24

3. Kapitel. Das Schuldprinzip

I. Grundlagen . . . . . 29  
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip) . . . . . 30  
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit . . . . . 31  
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden? . . . . . 33  
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff) . . . . . 34  
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs . . . . . 34  
2. Der Begriff des Rechtsguts . . . . . 35  
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes . . . . . 36  
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte . . . . . 37  
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips . . . . . 38  
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“) . . . . . 41

#### 4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt

I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“ . . . . .	44
1. Herkunft und Grundgedanke . . . . .	44
2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips . . . . .	46
a) Das Erfordernis eines geschriebenen Gesetzes („lex scripta“) . . . . .	46
b) Das Erfordernis eines hinreichend bestimmten Gesetzes („lex certa“) . . . . .	47
aa) Grund und Grenzen der Bestimmtheit . . . . .	47
bb) Die Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch Rechtsprechung und Lehre . . . . .	48
cc) Die Bestimmtheit der Strafdrohung . . . . .	51
c) Das Verbot einer Überschreitung des Gesetzeswortlautes („lex stricta“) . . . . .	51
d) Das Erfordernis eines zur Zeit der Tat geltenden Gesetzes („lex prævia“) . . . . .	55
3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips . . . . .	57
II. Der Richtervorbehalt . . . . .	61

#### 5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze

I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB) . . . . .	62
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes . . . . .	62
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts . . . . .	63
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung . . . . .	64
II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB) . . . . .	64
1. Grundlagen . . . . .	64
2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten . . . . .	67
3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten . . . . .	67
a) Unabhängig vom Recht des Tatorts (§§ 5, 6 StGB, § 1 VStGB) . . . . .	68
b) Geltung für Auslandstaten nach § 7 StGB . . . . .	69
4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührung . . . . .	69
III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht) . . . . .	70

#### 6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen

I. Die Strafen . . . . .	72
1. Die Freiheitsstrafe . . . . .	72
a) Die Arten der Freiheitsstrafe . . . . .	72
b) Die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung . . . . .	73
c) Die Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung . . . . .	74
2. Die Geldstrafe . . . . .	76
3. Das Fahrverbot . . . . .	77
4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen . . . . .	77
II. Die übrigen Rechtsfolgen . . . . .	80
1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung . . . . .	80
2. Statusfolgen . . . . .	84
3. Verfall und Einziehung . . . . .	85

## 7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre

I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat	87
II. Der Aufbau der Straftat	89
III. Die allgemeinen Formen der Straftat	91
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	91
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	92
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	93
4. Täterschaft und Teilnahme	93
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	94

## 8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands

I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	96
1. Der Begriff der Handlung	96
2. Die Identität der Handlung	98
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand	99
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	101
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	101
2. Weitere Deliktseinteilungen	103
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	104
1. Der Tatbestandsvorsatz	104
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	104
3. Sonstige Beweggründe und so genannte Gesinnungsmerkmale	105

## 9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg

I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung	108
II. Der Begriff der Kausalität	109
1. „Conditio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	109
2. Die alternative Kausalität	111
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	113
a) Beschreibung und Abgrenzung des Problems	113
b) Die Bestimmung der Identität des Erfolgs	115
c) Die Behandlung von Reserveursachen und Reservehandlungen	117
4. Ergebnis	119
III. Die Feststellung der Kausalität	121
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	121
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	122
a) Psychisch vermittelte Kausalität	122
b) Statistische Kausalitätsfeststellung	122
c) Die Feststellung hypothetischer Kausalverläufe	123

## 10. Kapitel. Die objektive Zurechnung

I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	124
II. Das rechtlich missbilligte Risiko	125
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken	125
2. Aufgrund überwiegender Interessen erlaubte Risiken	125
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	126
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	128

III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos .....	130
1. Realisierung unerheblicher Risiken .....	130
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen erlaubter Risiken ...	131
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken .....	132
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken ..	133
5. Der so genannte Pflichtwidrigkeitszusammenhang .....	135
IV. Das der Risikobeurteilung zugrunde zu legende Wissen .....	136

## 11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz

I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen .....	139
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein .....	139
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt .....	140
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein .....	141
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes .....	143
1. Die Vorsatzformen .....	143
a) Die Unterscheidung der verschiedenen Vorsatzformen .....	143
b) Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung verschiedener Vorsatzformen .....	144
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit .....	145
a) Erfordernis eines voluntativen Vorsatzelements? .....	145
b) Notwendigkeit einer qualifizierten Möglichkeitsvorstellung? .....	147
c) Die Feststellung des Vorsatzes .....	148
III. Der Gegenstand des Vorsatzes .....	149
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums .....	149
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“ .....	150
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen .....	151
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen .....	152
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz .....	153
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf .....	154
2. Der Irrtum über das Tatobjekt .....	158
a) Error in persona vel objecto .....	158
b) Die aberratio ictus .....	158
c) Der Wechsel des Tatobjekts während der Tat .....	160

## 12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit

I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit .....	162
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit .....	162
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung .....	163
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit .....	165
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit .....	166
1. Das notwendige Erfahrungswissen .....	166
2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis .....	167
3. Die notwendige Zeit .....	168
III. Die Formen der Fahrlässigkeit .....	169
1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit .....	169
2. Die so genannte bewusste Fahrlässigkeit .....	169

IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit .....	170
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit .....	171

### 13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe

I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe .....	172
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen .....	172
1. Einwilligung .....	172
2. Mutmaßliche Einwilligung .....	173
3. Sorgerecht .....	174
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit .....	175
1. Die Amtsrechte .....	175
2. Die Notrechte des Bürgers .....	175
a) Die Notwehr und die Besitzwehr .....	176
b) Der Defensivnotstand .....	176
c) Der Aggressivnotstand .....	177
d) Das Selbsthilferecht .....	177
e) Das Festnahmerecht .....	178

### 14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre

I. Der Gegenstand der Rechtfertigung .....	180
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils .....	180
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils .....	181
II. Der Aufbau der Rechtfertigung .....	182
1. Der objektive Erlaubnistatbestand .....	182
a) Der tatsächlich vorliegende Sachverhalt als Grundlage der Beurteilung .....	182
b) Die besondere Struktur der Amtsrechte .....	184
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand .....	185
a) Die Kenntnis der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen .....	185
b) Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigungsmotivation? .....	188
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand .....	189
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände .....	190
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände .....	191
a) Begriff und Rechtsfolgen des Erlaubnistatbestandsirrtums .....	191
b) Die Abgrenzung zum Erlaubnisirrtum .....	193
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt .....	195
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen .....	195
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung .....	196

### 15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung

I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis .....	198
II. Die Einwilligung .....	198
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen .....	199
a) Rechtsnatur und Zeitpunkt .....	199
b) Einwilligungsfähigkeit .....	200

c) Inhalt der Einwilligungsentscheidung . . . . .	201
d) Die Bedeutung von Irrtümern . . . . .	203
e) Die Bedeutung von Zwang . . . . .	205
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen . . . . .	206
a) Die Beschränkung auf Individualrechtsgüter . . . . .	206
b) Die Beschränkungen bei Leben und körperlicher Unversehrtheit . . . . .	207
III. Die mutmaßliche Einwilligung . . . . .	210
IV. Die so genannte hypothetische Einwilligung . . . . .	211

## 16. Kapitel. Notwehr und Notwehrexzess

I. Die Notwehr . . . . .	214
1. Überblick und Grundgedanke . . . . .	214
2. Die Notwehrlage . . . . .	215
a) Der Angriff . . . . .	215
b) Die Rechtswidrigkeit des Angriffs . . . . .	217
c) Die Gegenwärtigkeit des Angriffs . . . . .	218
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung . . . . .	220
a) Eingriff in Rechtsgüter des Angreifers . . . . .	220
b) Eignung zur Abwendung des Angriffs . . . . .	221
c) Mildestes Mittel zur Abwehr des Angriffs . . . . .	222
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts . . . . .	222
a) Allgemein geltende Einschränkungen des Notwehrrechts . . . . .	223
b) Spezielle Einschränkungen für besondere Notwehrlagen . . . . .	224
aa) Schuldlose Angriffe . . . . .	224
bb) Provozierte Angriffe . . . . .	224
cc) Angriffe innerhalb enger Lebensgemeinschaften . . . . .	226
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln . . . . .	226
II. Der Notwehrexzess . . . . .	228
1. Grundgedanke . . . . .	228
2. Der Anwendungsbereich der Regelung . . . . .	229

## 17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand

I. Der Aggressivnotstand . . . . .	231
1. Überblick . . . . .	231
2. Die Notstandslage . . . . .	231
a) Die Gefahr . . . . .	231
b) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr . . . . .	232
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung . . . . .	233
a) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr . . . . .	233
b) Wesentliches Überwiegen der geschützten Interessen . . . . .	234
aa) Die in die Abwägung einzubeziehenden Interessen . . . . .	234
bb) Struktur und Gewichtung der abzuwägenden Interessen . . . . .	235
cc) Die stets geltende Opfergrenze . . . . .	235
c) Angemessenheit der Tat . . . . .	236
aa) Die Verbindlichkeit von Kompetenzen und Verfahren . . . . .	237
bb) Die Problematik des Nötigungsnotstands . . . . .	237

II. Der Defensivnotstand .....	239
1. Die Notstandslage .....	239
a) Die objektiv zurechenbare Gefahr .....	239
b) Die Unmittelbarkeit der Gefahr .....	240
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung .....	241
a) Eingriff in Rechtsgüter des Verantwortlichen .....	241
b) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr .....	241
c) Kein wesentliches Überwiegen der beeinträchtigten Interessen ....	242
d) Angemessenheit .....	243
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte .....	244
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln? .....	244
2. Die Notstandsprovokation .....	244
3. Der Notstandsexzess .....	244
 <b>18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit</b>	
I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung .....	246
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit .....	246
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick .....	246
a) Schuldunfähigkeit wegen fehlender Reife .....	246
b) Schuldunfähigkeit wegen psychischer Störungen .....	247
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB .....	247
1. Die Eingangsmerkmale .....	247
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit .....	249
a) Die Entstehung der heutigen gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit .....	249
b) Die Untauglichkeit der gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit .....	249
c) Die Schuldfähigkeit als Fähigkeit zu einem verständigen Entscheidungsprozess .....	250
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit .....	252
III. Die actio libera in causa .....	253
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle .....	253
2. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten ....	254
a) Der Einwand fehlender Kausalität .....	254
b) Der Einwand fehlenden Verwirklichungsbewusstseins .....	255
c) Ergebnis und Folgerungen .....	256
 <b>19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht</b>	
I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB .....	258
II. Der Begriff des Verbotsirrtums .....	258
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins .....	258
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins .....	259
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit .....	259
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt .....	260
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums .....	260
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens .....	260
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte .....	262

IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung .....	262
1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung .....	262
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte .....	262

## 20. Kapitel. Die Zumutbarkeit

I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB) .....	264
1. Der Grundgedanke der Regelung .....	264
2. Die Notstandslage .....	266
a) Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit .....	266
b) Gegenwärtigkeit der Gefahr .....	267
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung .....	267
a) Die Person des Handelnden .....	267
b) Sachliche Voraussetzungen .....	268
4. Besondere Duldungspflichten .....	268
a) Verursachung der Notstandslage .....	268
b) Besonderes Rechtsverhältnis .....	269
c) Sonstige Fälle .....	269
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum .....	270
a) Der subjektive Entschuldigungstatbestand .....	270
b) Der Entschuldigungstatbestandsirrtum .....	271
c) Der Entschuldigungsirrtum .....	272
II. Weitere Entschuldigungsgründe? .....	272
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter? .....	272
a) Gewissensnot (Art. 4 GG) .....	272
b) Sonstige Notlagen .....	274
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen? .....	275

## 21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit .....	277
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale .....	278
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe .....	281
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten .....	282
1. Strafantrag .....	282
2. Ermächtigung und Strafverlangen .....	283
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung .....	283
1. Verfolgungsverjährung .....	283
2. Vollstreckungsverjährung .....	284
VI. Die (prozessuale) Abschichtung geringfügigen Unrechts .....	285

## 22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt

I. Die Regelung des § 13 StGB .....	289
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten .....	291
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen .....	291
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen .....	293
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun .....	295
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung .....	296
1. Der Begriff der Unterlassung .....	296

2. Die Kausalität der Unterlassung	297
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	299
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	300
1. Überwachergaranten	300
a) Aus einer gegenwärtigen Herrschaftsbefugnis resultierende Pflichten	300
b) Aus einem gefahrbegründenden Vorverhalten resultierende Pflichten	301
c) Übernahme einer Überwachungsfunktion	305
2. Beschützergaranten	306
a) Familiäre Verbundenheit	306
b) Amtliche Schutzpflichten	307
c) Übernahme einer Schutzfunktion	308
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	311
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	312
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	312
2. Rechtfertigender Notstand	313
a) Der Regelfall des Defensivnotstands	313
b) Der Ausnahmefall des Aggressivnotstands	314
c) Die so genannte Zumutbarkeit als Anwendungsfall des rechtfertigenden Notstands	314
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	315
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts	316

## 23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung

I. Der Versuch	320
1. Der Strafgrund des Versuchs	320
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	321
a) Beschränkung auf bestimmte Delikte	321
b) Fakultative Strafmilderung und Rücktrittsmöglichkeit	322
c) Die Unternehmensdelikte	323
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung	324
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	326
a) Der Inhalt des Tatplans – Abgrenzung zum Wahndelikt	326
b) Die Entschlossenheit zur Verwirklichung des Tatplans	329
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	330
a) Die Bestimmung des tatbestandlichen Verhaltens	330
b) Die Unmittelbarkeit des Ansetzens	335
II. Vorbereitung	337
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	337
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	338

## 24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch

I. Grundlagen	342
1. Die Gründe der Straffreiheit	342
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	344
II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 1 StGB	346

1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	346
a) Unvollständigkeit der bisherigen Tatausführung (Abgrenzung zum beendeten Versuch)	347
aa) Maßgeblichkeit des einzelnen Ausführungsakts	347
bb) Maßgeblichkeit der Tätervorstellung	349
b) Möglichkeit weiterer Tatausführung (Abgrenzung zum fehlgeschlagenen Versuch)	350
c) Das Erfordernis eines endgültigen Aufgebens	352
d) Das Aufgeben beim Unterlassungsdelikt	352
2. Die Freiwilligkeit	353
a) Der Begriff der Freiwilligkeit	353
b) Freiwilliges Aufgeben der Tatausführung	355
c) Unfreiwilliges Aufgeben der Tatausführung	356
aa) Wesentlich erhöhte Kosten der Tat	356
bb) Entfallener oder wesentlich verminderter Nutzen der Tat	357
cc) Eintritt von Selbstbestimmungsunfähigkeit	358
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	359
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 2 und S. 2 StGB	360
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1 Var. 2 und § 24 I S. 2 StGB	360
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	360
a) Durch aktives Tun	360
b) Durch Unterlassen	363
3. Die Freiwilligkeit	365
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	366

## 25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen

I. Überblick	368
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	370
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	370
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	371
3. Besondere Pflichtenstellungen	372
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	372
III. Die Struktur der Mittäterschaft	373
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	373
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	374
a) Besondere Pflichtenstellungen	374
b) Subjektive Strafbarkeitsvoraussetzungen	375
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	376
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	376
1. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	376
2. Besondere persönliche Merkmale	379
a) Die Systematik des § 28 StGB	379
aa) Strafbegründende Merkmale (§ 28 I StGB)	379
bb) Strafmodifizierende und -ausschließende Merkmale (§ 28 II StGB)	381
b) Der Begriff des besonderen persönlichen Merkmals	383

aa) Besondere Pflichtenstellungen .....	383
bb) Besondere Beweggründe .....	384

## 26. Kapitel. Die Mittäterschaft

I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns .....	387
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“) .....	387
2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten .....	388
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung .....	389
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen .....	391
5. Die sukzessive Mittäterschaft .....	392
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung .....	392
1. Die subjektive Täterlehre .....	393
a) Die Dolustheorie .....	393
b) Die Interessentheorie und die heutige Rechtsprechung .....	394
2. Die Tatherrschaftslehre .....	395
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit .....	397
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit .....	399
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft .....	400
IV. Mittäterschaft und Unterlassen .....	401
1. Gemeinschaftliches Unterlassen .....	401
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln .....	402
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen .....	402
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung .....	403

## 27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft

I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers .....	406
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug .....	407
1. Die unterschiedlichen Irrtümer .....	407
a) Das tatbestandliche Unrecht ausschließende Irrtümer .....	407
b) Schuld- und strafzumessungsrelevante Irrtümer .....	409
c) Sonstige Irrtümer .....	410
2. Notwendigkeit einer Täuschung? .....	411
3. Irrtümliche Selbstschädigung .....	412
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug .....	413
1. Intensität des Zwangs .....	414
a) Rechtfertigender Zwang .....	414
b) Entschuldigender Zwang .....	414
c) Sonstiger rechtswidriger Zwang .....	414
2. Verantwortlichkeit für den Zwang .....	415
3. Erzwungene Selbstschädigung .....	416
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug .....	417
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit ..	417
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife .....	418
V. Weitere in Rechtsprechung und Literatur diskutierte Fallgruppen .....	419
1. Das austauschbare Werkzeug .....	419
2. Das ohne zum Deliktbild gehörende Absichten handelnde Werkzeug ..	420
3. Das ohne Sonderpflicht handelnde Werkzeug .....	421

VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft .....	421
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen .....	422

## 28. Kapitel. Die Teilnahme

I. Die teilnahmefähige Haupttat .....	425
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat .....	425
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat .....	425
a) Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als Haupttat .....	425
b) Im Erlaubnistatbestandsirrtum begangene Haupttat .....	426
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat .....	427
II. Die Anstiftung .....	429
1. Das Verursachen des Tatentschlusses .....	429
a) Begriff und Feststellung der Kausalität .....	429
b) Die Identität des Tatentschlusses .....	431
2. Die Anstiftungshandlung .....	432
a) Der Rat zur Begehung der Tat .....	432
b) Bestimmtheit des erteilten Rates .....	433
c) Abweichung von dem erteilten Rat .....	434
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung .....	435
III. Die Beihilfe .....	438
1. Der Begriff des Hilfeleistens .....	438
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten .....	440
3. Besondere Formen der Hilfeleistung .....	441
a) Die psychische Beihilfe .....	441
b) Beihilfe durch Alltagshandlungen .....	442
c) Sukzessive Beihilfe .....	444
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe .....	445
5. Beihilfe durch Unterlassen .....	446

## 29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten

I. Versuchte mittelbare Täterschaft .....	448
II. Beteiligung am Versuch .....	450
1. Versuchte Mittäterschaft .....	450
a) Die versuchte Mittäterschaft als täterschaftliche Beteiligung am Versuch .....	450
b) Der Beginn des Versuchs der gemeinsamen Tat .....	451
c) Der Aufbau der versuchten Mittäterschaft .....	453
2. Die Teilnahme am Versuch .....	453
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB) .....	454
a) Der Ausschluss des Rücktritts durch Aufgeben der weiteren Tatausführung .....	455
b) Der Rücktritt bei einer vom Tatbeitrag unabhängigen Vollendung .....	456
c) Die Abgrenzung zu der Regelung des § 24 I StGB .....	457
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB) .....	457
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB .....	457
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen .....	458
a) Versuchte Anstiftung zum Verbrechen (§ 30 I und II Var. 2 StGB) ..	458

b) Verabredung eines Verbrechens (§ 30 II Var. 3 StGB) . . . . .	460
c) Bereiterklären zu einem Verbrechen (§ 30 II Var. 1 StGB) . . . . .	461
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB) . . . . .	463
<b>30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)</b>	
I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre . . . . .	465
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB . . . . .	466
1. Die Tatmehrheit . . . . .	466
2. Die Tateinheit . . . . .	467
3. Reformüberlegungen . . . . .	468
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit . . . . .	469
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne . . . . .	469
2. Tatbestandliche Handlungseinheit . . . . .	470
3. Natürliche Handlungseinheit . . . . .	472
a) Bei mehrmaliger Verwirklichung des gleichen Tatbestands . . . . .	472
b) Bei Verwirklichung unterschiedlicher Tatbestände . . . . .	472
c) Zwischen Handeln und Unterlassen . . . . .	473
4. Die fortgesetzte Tat . . . . .	474
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung . . . . .	474
<b>31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)</b>	
I. Grundgedanke und Überblick . . . . .	476
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit . . . . .	476
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit . . . . .	477
1. Die Spezialität . . . . .	477
2. Die Subsidiarität . . . . .	479
3. Die Konsumtion . . . . .	481
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit . . . . .	484
Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata . . . . .	487
Verzeichnis der Aufbauschemata . . . . .	488
Sachverzeichnis . . . . .	489